

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk. für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postkontonr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 10/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 18993. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 10/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.00 Mk., bei Flavourdruck 2.30 Mk.; Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

England und die Leipziger Prozesse. Kapitänleutnant Pahig in Danzig?

London, 19. Juli. Der Parlaments-Korrespondent des Daily Telegraph meldet, das Unterhausmitglied Major Christopher habe eine Anfrage an das Unterhaus gerichtet zur Unterstützung eines Antrages, der dem Unterhaus vorgelegt worden ist. Nach diesem Antrag soll das Haus seine Unzufriedenheit mit dem Ergebnis der Leipziger Prozesse aussprechen und die Regierung auffordern, Schritte zu unternehmen, um die Bestimmungen des Versailles-Vertrages zur Anwendung zu bringen.

Im Unterhaus erklärte der Generalstaatsanwalt auf eine Anfrage, er habe nicht feststellen können, ob Kapitänleutnant Pahig sich tatsächlich im Augenblick in Danzig aufhalte. Die Frage, ob die Alliierten die Befugnis hätten, ihn offiziell in Danzig verhaften zu lassen, beruhte die Generalstaatsanwalt.

Die Anfrage im englischen Unterhaus über den Aufenthalt Pahigs scheint sich auf die Behauptung des Danziger Kommunistenorgans zu stützen, daß Pahig sich im Gebiet des Freistaates aufhalte und vom Senat verurteilt gehalten werde. Demgegenüber glaubt das Leipziger Tageblatt, dem wir diese Angaben entnehmen zu wissen, daß Pahig sich im neutralen Ausland aufhalte. Welche der beiden Behauptungen aber auch zutrifft, jedenfalls bleibt die Anklage eines Verbrechens bezw. die Entscheidung darüber, ob sein Verbrechen ein politisches oder gemeines sei, ein Akt der Souveränität des Hof gewährenden Staates, die auch von der Entente nicht verletzt werden darf.

Paris, 19. Juli. Die Agence Havas meldet aus London: Im Unterhaus erklärte der Generalstaatsanwalt auf eine Anfrage, er habe nicht feststellen können, ob Kapitänleutnant Pahig sich tatsächlich im Augenblick in Danzig aufhalte. Die Frage, ob die Alliierten die Befugnis hätten, ihn offiziell in Danzig verhaften zu lassen, beruhte die Generalstaatsanwalt.

Gegenjah zwischen Briand und Korianty.

Berlin, 20. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die Berliner Morgenpresse berichtet in ausführlichen Privattelegrammen über den Aufenthalt Korianty in Paris. In der Tat scheint zwischen der polnischen und der französischen Auffassung über die Lösung der oberösterreichischen Frage ein so heftiger Gegenjah zu bestehen, daß man auf sensationelle Wendungen in der oberösterreichischen Frage gefaßt sein muß. Während Briand auf dem Standpunkt steht, daß die oberösterreichische Frage zur Zeit hinausgeschoben werden muß, ist Korianty der Ansicht, daß es nur eine Fragestellung gibt: sofortige Entscheidung über neuer Zustand. Briands Ansicht ist darauf zurückzuführen, daß Frankreichs Position im Obersten Rat aufgekündigt, der erfolgreichen griechischen Offensive, die die englische Orientpolitik stark untergründet, zu unanständig sei, um eine für Frankreich annehmbare Lösung der oberösterreichischen Frage durchzuführen. Korianty dagegen erklärt, die Lösung des oberösterreichischen Problems könne nicht länger hinausgeschoben werden, das Land sei unruhig, das Wirtschaftslieben leide unter dem schiefen Zustand.

Die Pariser Presse verhält sich infolge dieses Konfliktes äußerst ablehnend gegen Korianty. Der Intransigent veröffentlicht eine seltene anmutende Nachricht, derzufolge Korianty seit heute morgen krank sei und deshalb kaum ins Land kommen werde, die Interessen, zu deren Wahrung er nach Paris gekommen sei, so eifrig zu vertreten, wie er es geplant hätte. Auch der Temps verhält sich sehr ablehnend gegen Korianty. Das Blatt erwähnt die Ankunft Koriantys in Paris nur kurz an einer Stelle und bemerkt dazu, der polnische Diktator habe einer Agitation Entzückungen gemacht, aus denen sich nichts neues von Bedeutung ergäbe.

Die Mißhandlung der politischen Gefangenen in Bayern.

München, 20. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die Klagen der politischen Gefangenen in Bayern über schlechte Behandlung häufen sich in der letzten Zeit. Die Kommunisten haben deshalb im Landtag einen Antrag eingebracht, der die sofortige Einsetzung einer parlamentarischen Kommission fordert, um die Zustände in der Gefängnisanstalt Mitterteich neneit zu untersuchen.

Streiks im Saargebiet.

Berlin, 20. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die Rote Fahne meldet aus Saarbrücken: Im Saargebiet sind 4000 Metallarbeiter der Fertigungsindustrie in den Streik getreten. Sie kämpfen gegen den Lohnabbau, den das Unternehmertum des Saargebietes in der Welle durchdrücken will, daß es die Löhne in Markwährung, anstatt in Frankenwährung auszahlen will. Die Fertigungsindustrie ist zur Zeit vollbeschäftigt und die meisten

Austräge lauten auf Frankenwährung. Wenn nun die Arbeiter ihren Lohn in Markwährung ausgezahlt erhalten, anstatt der Zahlung in Frankenwährung, die die Arbeiter der Berg- und Hüttenindustrie sowie der staatlichen Betriebe schon längst haben, so bedeutet das für die Metallarbeiter eine große Verschlechterung. Die Arbeiter in der Zementindustrie, sowie die Maler und Bauarbeiter stehen aus demselben Grunde im Streik. Der Streik ist von den freien Gewerkschaften proklamiert.

Elementarkatastrophen in Rußland.

Wieder einmal häufen sich die Nachrichten über Schreckenszustände in Rußland. Aber diesmal wird der Schrecken nicht von kämpfenden Menschen verbreitet, sondern von der Natur, die, wenn man den Alarmnachrichten Glauben schenken darf, das unglückselige, durch seine wirtschaftliche Notlage bereits an den Rand des Untergangs getriebene Land mit Plagen heimsucht, vor denen die ägyptischen Plagen sich verstoßen können. Dürre und Hungersnot, Heuschreckenplage und Cholera — eine fürchterliche Häufung von Plagen, die aber einigermaßen verständlich wird, wenn man sich vergegenwärtigt, wie schwer die sieben Jahre Krieg, Revolution und Bürgerkrieg und der Zusammenbruch der Revolution auf dem Lande gelastet und seine Widerstandskraft gegen Elementarkatastrophen und Seuchen herabgedrückt haben. Um so notwendiger ist es, daß der ergreifende Aufruf Maxim Gorkis in Europa und Amerika lauten Widerhall findet: **Schickt Brot und Medikamente!** Wieder: die drei russischen Plagen verbreitet die allerdings keineswegs sehr zuverlässige Tel.-Union folgende Meldung:

Kopenhagen, 19. Juli. (T.-U.) Den Kopenhagener Blättern werden über Olga fürchterliche Einzelheiten über die schreckliche Hungersnot in Sowjetrußland gemeldet. Infolge der andauernden Trockenheit ist der Boden in diesen Teilen des Landes ganz gerissen. Die Brunnen und Flüsse sind vollständig eingetrocknet. In den von der Hungersnot am schlimmsten betroffenen fünfzehn Gouvernements ist der Viehbestand fast vollständig vernichtet.

Riga, 20. Juli. (T.-U.) Wieder Sowjetrußland ist ein neues Unheil gekommen. Eine Heuschreckenplage verheert sich über das ganze Land. Zum Kampfe mit dem gefährlichen Insekt, das die Reeder verwüßt, hat die Regierung eine besondere Mobilisierung der Bevölkerung angeordnet. In den Wolga-Gebieten sind die Ausläufer des Wintergetreides eingestülpt worden. Die Kolonisten verlassen fliehend das Land. Der heutige Moskauer Funkpruch kündigt an, daß die Bauern die südlichen Gegenden verlassen. Der Landbevölkerung droht der völlige Untergang.

Riga, 20. Juli. (T.-U.) Die Cholerafälle in Sowjetrußland mehren sich wegen des Mangels an sachgemäßer Behandlung und an Medikamenten in ganz erschreckendem Maße. Nach den letzten amtlichen Feststellungen der Sowjetregierung herrscht die Cholera in fast allen Gebieten und erstreckt sich von Ufa im Osten bis zur Dliwa im Westen. Besonders stark wütet die Seuche an der Wolga und im Donez-Boden. Die Zahl der Todesfälle beläuft sich auf 66 bis 90 Prozent. — An der Grenze von Turkestan wurden bisher bereits vier Fälle von **Beulenpest** festgestellt.

Die irischen Verhandlungen.

Die Ulster-Frage noch ungeklärt.

London, 19. Juli. Daily Chronicle meldet, daß die gestrigen Besprechungen Lloyd Georges mit De Valera und Kabinettsmitgliedern von Ulster die Lösung des irischen Problems nicht gefördert hätten. Bis jetzt sei keine Grundfrage gefunden worden, die zu einer gemeinsamen Sitzung der Vertreter Nord- und Südb-Irlands mit der englischen Regierung führen könnte. Lloyd George halte die Lage indessen nicht für aussichtslos. Er hoffe, daß noch eine Einigung gefunden werden könne. Die Minister von Nord-Irland sind gestern abend nach Belfast zurückgekehrt. Sir James Craig erklärte vor seiner Abreise, im Augenblick sei die Lage die, daß Lloyd George keine Besprechungen mit De Valera fortsetzen werde. Wenn De Valera das Selbstbestimmungsrecht für Irland verlange, so sei zu bemerken, daß Ulster von diesem Recht bereits Gebrauch gemacht habe und sein eigenes Parlament besitze. Es bleibe also nur noch übrig, daß England und Irland sich einigen.

Der Premierminister von Canada wird Donnerstag die Heimreise antreten.

London, 20. Juli. (T.-U.) Wie verlautet, soll De Valera aufgefordert werden, am Donnerstag wieder mit dem Premierminister zusammenzukommen.

Die Ulster-Frage war das Hindernis, an dem bisher alle Versuche zur Lösung der irischen Frage regelmäßig gescheitert sind. Ulster, der nördliche Teil der Insel Irland mit Belfast als Hauptstadt, wird bekanntlich größtenteils von protestantischen Engländern bewohnt, die als Angehörige des Herrenvolkes, das einst die katholischen Iren unterworfen hatte, sich bloßer am härtesten gegen die Autonomie Irlands gewehrt und für den Fall der Gewährung der Autonomie die Loslösung Nordirlands von Südirland gefordert haben. Da aber für Südirland die staatsrechtliche Einheit mit Nordirland eine Lebensnotwendigkeit ist, weil Nordirland wirtschaftlich weitaus höher steht als Südirland, erscheint der Konflikt zwischen den beiden Hälften der Insel fast unlöslich und scheint auch jetzt das bereits so nahe der Lösung stehende Einigungswerk gefährden zu wollen.

Die Invalidenversicherung und der Reichstag.

Von Karl von Peine, Mitglied des Reichstags.

II.

Wie verlogen die Ausreden sind, die von den Gegnern der Rentenerhöhungen vorgebracht wurden, darüber nur ein Beispiel. Die Regierung hatte den Entwurf erst am 30. Juni dem Reichstage zugestellt. Dieser späte Termin wird als Vorwand benutzt und erklärt, es sei nicht mehr möglich gewesen, eingehend die Frage zu besprechen. Dabei waren noch 8 Tage Zeit zur Beratung. Und wenn der gute Wille vorhanden gewesen wäre, hätte schon noch zum mindesten eine Erhöhung der Zulagen erreicht werden können.

Die USA. hatte in der Kommission Anträge eingebracht, die unhaltbare Zustände in der Invalidenversicherung beseitigen sollten. Zunächst wollte sie die Grenze für die Versicherungsberechtigung (§ 1243 der RVO.) von 3000 Mk. aufheben. Die Invalidität schon bei einer 50 Prozent überschreitenden Erwerbsunfähigkeit anzuerkennen, war ein weiterer Antrag. Dieser Antrag war bereits 1910 bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung von der Sozialdemokratie gestellt. Nicht nur, daß damit eine Gleichstellung mit der Angestelltenversicherung erfolgt wäre und der Begriff „Schwerbeschädigter“, der in der Militärversorgung und Unfallversicherung eingeführt ist, auch in die Invalidenversicherung übernommen worden wäre, sondern auch schon wegen der traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse wäre diese Änderung notwendig gewesen. Die Wirtschaftskrise mit ihrer Arbeitslosigkeit trifft die im Erwerb Beeinträchtigten schärfer als die Gesunden. Die nicht einmal mehr die Hälfte ihrer Arbeitsfähigkeit besitzenden, sind in der heutigen Zeit bitter daran. Der Antrag wurde in der Kommission und im Plenum ohne Debatte abgelehnt. Ein weiterer Antrag, der verlangte, daß den Witwen Rente gegeben werden sollte, ohne daß sie erst invalide zu sein brauchen, wurde ebenfalls abgelehnt. Auch hier konnten sich unsere Genossen darauf berufen, daß die Angestelltenversicherung, wie auch die Militärversorgung den Begriff der „invaliden“ Witwe nicht kennen. Auch hier handelt es sich um eine alte Forderung der Sozialdemokratie. Die Namensträger der alten Partei, die Rechtssozialisten, haben bei der Abstimmung vergessen, was sie früher vertraten. Wir verlangten weiter, daß auch die Angehörigen von Witwen und Witwern, wenn letztere sich in einer Heilanstalt aufhielten, das Hausgeld erhalten sollten; Zusatzrenten für Kinder so zu gestalten, daß für jedes Kind, gleich wieder in Frage kommen, 96 Mk. jährlich gezahlt werden, die Waisenrente bis zum 16. Lebensjahre zu zahlen, die Witwenrente noch 3 Jahre nach Wiederbeschäftigung als Abfindung zu zahlen ist. Alle diese Anträge wurden fast immer ohne Debatte „abgemurkt“.

Ein anderes sehr wichtiges Kapitel bildete der Reichszuschuß. Das Reich zahlt noch immer nur 50 Mk. jährlich zu jeder Invaliden-, Alters- und Witwenrente und 25 Mk. zu jeder Waisenrente. Wir beantragten die Verzehnfachung dieser Summe. Den Mehrertrag von rund 900 Millionen Mark hätte das Reich angesichts der großen Notlage zur Verfügung stellen müssen. Die Bezahler von Renten aus der Invalidenversicherung sind zum mindesten ebenso sehr Opfer des Krieges wie die Reeder, denen die Schiffe weggenommen wurden. Und wenn wir die Notlage in Betracht ziehen, so ergibt sich, daß die Rentner ganz anders darben als die „armen“ Reeder. Das Reich hat auf vielen anderen Gebieten die Konsequenz aus den Kriegsfolgen gezogen, so vor allem in der Preisgestaltung, in Gehalts- und Pensionsfragen (wenn auch unzulänglich) usw. Den ausscheidenden gefunden Wehrmachtsangehörigen werden Hunderte von Millionen jährlich gegeben, für die Kranken, erwerbsunfähigen Rentner, deren Knochen und Gesundheit im Produktionsprozeß zertrümmert wurden, und vernichtet wurden, hat die Regierung kein Geld. Das kennzeichnet ihren unsozialen Charakter.

Nachdem alle unsere Anträge abgelehnt waren, gaben sich unsere Genossen alle Mühe, wenigstens den einen Antrag durchzubringen, der Erhöhungen der jetzigen Rentenzuschüsse und Beihilfen vorsieht. Wir verlangten, daß jede Invaliden-, Alters- und Witwenrente um 2400 Mark, jede Waisenrente um 600 Mark erhöht wird. Unser Antrag war bescheiden. Es wäre bei Annahme des Antrages eine Gesamtrente von rund 3000 Mark für Rentner und etwa 2750 Mark für Ulsterner herausgekommen. Waisen hätten etwa 630 Mark erhalten. Man bedenke: Unser Antrag hätte den Invaliden monatlich rund 250 Mark gegeben. Wir hätten uns durchaus frei von jeder Agitation in unseren Anträgen, die Not der Invaliden ist uns zu groß, als daß wir daran unser Parteiflappchen locken möchten. Helfen wollten wir und schlugen daher Wege vor, die selbst die bürgerlichen Kreise gehen konnten. Wir wollten eine Mehrheit schaffen und vertrauten auf das feierliche Weisheitsversprechen vom vorigen Jahre. Und was geschah mit unseren Anträgen? Stumm und fast wurden sie abgelehnt; Engelszungen hätten diesen unsozialen Reichstag nicht anders stimmen können — sie wollten nicht, die Herren und Damen, die alle miteinander keine Not ken-